



# FLASH

Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament  
Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats in the European Parliament  
Groupe du Parti Populaire Européen (Démocrates-Chrétiens) et Démocrates Européens au Parlement européen

Internet address: <http://www.epp-ed.eu>  
<http://www.cdus.eu>

Pressedienst - Press Office - Service de Presse

Straßburg, 20. November 2008

Inge Gräble (EVP-ED/CDU):

## **Parlament will Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung durch Reformen stärken**

Das Europäische Parlament hat heute mit klarer Mehrheit den Bericht der CDU-Europaabgeordneten Inge Gräble zur ersten Reform des Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) seit dessen Bestehen angenommen. "Die heute vom Plenum verabschiedeten Reformen betreffen das Herzstück des Amtes. Wir sind uns einig, dass wir ein effizienteres Amt brauchen, damit OLAF seine wichtigen Aufgaben möglichst gut und effizient erfüllen kann", sagte die verantwortliche Berichterstatterin und Koordinatorin im Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments heute in Straßburg.

Es sei gelungen, auf der Basis des im Ausschuss erarbeiteten Vorschlags, den eigentlich bereits veralteten Kommissionsentwurf zu diesem Thema logisch weiter zu entwickeln und um wesentliche Aspekte zu ergänzen. Dazu gehörten Maßnahmen wie die Einsetzung externer Prüfer nur im Fall von Beschwerden, um eine Blockade zu unterbinden sowie die Verbesserung der Betrugsbekämpfung vor allem auf der Ebene der Mitgliedstaaten. "Wir wollen damit erreichen, dass Betrugsbekämpfung zu einem gemeinsamen Anliegen sowohl der europäischen als auch der nationalen Ebene wird. Nur so lässt sich sicherstellen, dass die wichtige und sinnvolle Arbeit von OLAF vor Ort bekannter und ihre Bedeutung dadurch nachvollziehbarer wird", betonte Inge Gräble.

Erforderlich sei zudem, dass der Rechtsschutz der von OLAF-Ermittlungsverfahren Betroffenen garantiert wird. "Wir wollen, dass die Verwertbarkeit der Ermittlungsergebnisse vor Gericht gegeben ist und sicher gestellt sehen, dass das geltende nationale Recht von Anfang an beachtet wird. Wir möchten auch, dass die Mitgliedstaaten künftig Bericht darüber erstatten, was mit den Ermittlungsergebnissen von OLAF passiert", so die Berichterstatterin weiter. In diesem Zusammenhang sei es nicht hinnehmbar, wenn einzelne Mitgliedstaaten wie zum Beispiel Luxemburg noch nie eine OLAF-Ermittlung vor Gericht gebracht haben. "Wer als Luxemburger krumme Touren dreht, darf nicht besser davonkommen als andere. Das gilt übrigens genauso für EU-Beamte", sagte Inge Gräble.

Die EVP-Haushaltspolitikerin forderte den Rat auf, sich ebenfalls kooperativer als bisher zu verhalten. "Mit einer Konsolidierung der drei Rechtsgrundlagen, wie vom Rat verlangt, verlieren wir jedenfalls nur viel Zeit und riskieren einen ungewissen Ausgang, anstatt jetzt das Machbare zu tun, um die Arbeitsbedingungen des Amtes zu verbessern und es damit aus der Kritik zu nehmen. Dazu gehört nicht zuletzt die Übertragung länderübergreifender Fälle an Eurojust. Die bisherige Unklarheit der Regeln für die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten muss aus der Welt geschafft werden. Dann kann sich OLAF auch verstärkt der Korruptionsbekämpfung widmen", so die Berichterstatterin abschließend.

### **Für weitere Informationen:**

**Büro Dr. Inge Gräble, MdEP, Tel.: +33 - 388 - 177868**

**EVP-ED-Pressestelle, Knut Götz, Tel.: +32 - 479 -972144**

---

**CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament**  
Knut Götz, M.A. / M.E.L.S., Tel.: +32 - 2 - 28 41341 oder +32 - 479 - 972144 (GSM)  
Thomas Bickl, M.A. Tel.: +32 - 2 - 28 32002 oder + 32 - 478 - 21 53 72 (GSM)  
Lasse Böhm, Tel.: +32 - 2 - 28 40774 oder +32 - 484 - 65 68 97 (GSM)  
Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Fax: +32 2 28 49044